



# KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung  
vom 9. März 2011

## Aus Berlin

---

### GKV schrieb 2010 rote Zahlen / BMG zeigt sich für 2011 optimistisch

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) weist für das vergangene Jahr ein Defizit von 445 Millionen Euro aus. Trotz der Erhebung eines Zusatzbeitrages hat sich die finanzielle Lage mancher Krankenkassen so verschlechtert, dass sie derzeit mit der Gewerkschaft Verdi über einen Notlagentarifvertrag verhandeln. Davon betroffen sind laut Medienberichten die DAK, die KKH-Allianz, die Barmer GEK, die Hanseatische Krankenkasse und die HKK. Weil viele gesetzlich Krankenversicherte ihren Zusatzbeitrag nicht zahlen, wollen manche Kassen die Außenstände eintreiben lassen. Allein bei der DAK sollen rund 220.000 Mitglieder den Zusatzbeitrag von monatlich acht Euro noch nicht gezahlt haben.

Für das laufende Jahr erwartet das Bundesgesundheitsministerium (BMG), dass die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds die voraussichtlichen Ausgaben der Krankenkassen decken werden. Das Ministerium verweist auf eine bessere konjunkturelle Lage sowie finanzwirksame Verbesserungen infolge des GKV-Finanzierungsgesetzes und des Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetzes. Beispielsweise ist der Krankenversicherungsbeitrag zum 1. Januar 2011 auf 15,5 Prozent gestiegen, während der Herstellerrabatt auf Nichtfestbetragsarzneimittel auf 16 Prozent angehoben wurde. ([Pressemitteilung des BMG, 7. März](#); Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. März; [Berliner Zeitung, 8. März](#); [Bild, 8. März](#))

### Bundesregierung will betriebliche Gesundheitsförderung stärken

„Bei der Vermeidung psychischer Erkrankungen sieht die Bundesregierung in der betrieblichen Gesundheitsförderung einen Schwerpunkt der künftigen Präventionsstrategie.“ Das hat Stefan Kapferer, Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium (BMG), anlässlich der EU-Konferenz „Förderung der psychischen Gesundheit und des Wohlbefindens am Arbeitsplatz“ in Berlin gesagt. Rund 350 Teilnehmer aus allen europäischen Mitgliedsstaaten erörterten in Vorträgen und Gesprächsrunden die Vorteile der betrieblichen Gesundheitsförderung.

Hintergrund der Konferenz ist die Tatsache, dass immer mehr Arbeitnehmer aufgrund gesteigerter Anforderungen psychische Erkrankungen erleiden, was zu Fehlzeiten oder Frühverrentungen führt. Allein in Deutschland gingen im vergangenen Jahr 8,6 Prozent der Arbeitsunfähigkeitstage auf psychische Erkrankungen zurück – seit 1997 ist dies beinahe eine Verdoppelung. In Deutschland sind die gesetzlichen Krankenkassen bereits zur betrieblichen Gesundheitsförderung verpflichtet. ([Pressemitteilung des BMG, 3. März](#))

### Deutscher Ethikrat: Qualitätseinbußen in der medizinischen Versorgung

In Deutschland „mehren sich die Anzeichen für Qualitätseinbußen aus Gründen relativer Mittelknappheit in den Bereichen der medizinischen Versorgung.“ Das geht aus einer Stellungnahme des Deutschen Ethikrates hervor, die dem Bundestag vorliegt. Deshalb dürfe eine Erhöhung der auf solidarischer Basis zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht ausgeschlossen werden, lautet eine Empfehlung. Gleichzeitig sei es in Zukunft wahrscheinlich notwendig, Rationierungsentscheidungen zu treffen. Der Gesetzgeber müsse klären, wie sehr sich eine Kosten-Nutzen-Bewertung auf Leistungsansprüche auswirken darf und in welchem Verhältnis zur medizinischen Notwendigkeit sie sich verhalten soll, schreibt der Ethikrat. ([Heute im Bundestag, 4. März](#))

## Aus KBV und KVen

---

### Wahl-Ticker: KBV twittert live von der Vertreterversammlung

Internetnutzer erhalten am Freitag, den 11. März ab 9 Uhr, regelmäßige Informationen zur [konstituierenden Sitzung der KBV-Vertreterversammlung](#) und der Wahl ihrer Vorsitzenden auf [www.twitter.com/kbv4u](http://www.twitter.com/kbv4u) und auf der [KBV-Website](#). Die KBV informiert dann mit kurzen Meldungen über aktuelle Wahlergebnisse, Anträge und Abstimmungsergebnisse. Abonnenten, die kbv4u auf Twitter folgen, erhalten somit Informationen in Echtzeit.

### KV-on: KBV erhält Zertifikat für Datenschutz

Dokumentensicherheit spielt in der Arbeitsorganisation der KBV eine große Rolle. Schließlich arbeitet der Verband mit sensiblen Daten. Dass der Umgang damit vorbildlich ist, belegt das ISMS-Zertifikat. Doch auch Ärzte und Psychotherapeuten müssen bestimmte Anforderungen an den Datenschutz erfüllen. Warum, das erläutert KBV-Vorstand Dr. Carl-Heinz Müller im Thema der Woche auf KV-on. ([Video-Podcast zu www.kv-on.de](#))

### Rösler: Budgetobergrenze soll 2012 fallen

Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) hat in einem Interview mit KV-TV Praxis, dem Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Rheinland-Pfalz, signalisiert, die Budgetobergrenzen für extrabudgetäre Leistungen zum 1. Januar 2012 aufzuheben. Die Vorstandsvorsitzende der KV, Dr. Sigrid Ultes-Kaiser, begrüßte dieses Vorhaben. „Gerade bei ambulanten Operationen führt die Begrenzung zu inakzeptablen Honorarverlusten und zu einer unzumutbaren Wettbewerbsverzerrung gegenüber den Krankenhäusern“, so Ultes-Kaiser. ([Pressemitteilung der KV Rheinland-Pfalz, 3. März](#))

### KV Sachsen berücksichtigt Demografie bei der Bedarfsplanung

Um dem ärztlichen Bedarf in Zukunft rechtzeitig gerecht werden zu können hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Sachsen erstmals einen Demografiefaktor in ihre Bedarfsplanung einfließen lassen. Künftig wird bei der Zulassung von Vertragsärzten berücksichtigt, wie alt die Menschen in einer Region sind. Das neue Datenmodell schafft damit die rechtlichen Voraussetzungen, um weitere Ärzte zuzulassen. Nach den neuen Zahlen mit Demografiefaktor können sachsenweit noch 394 Haus- und 108 Fachärzte zugelassen werden. Nach alter Berechnung wären es lediglich 94 Hausärzte beziehungsweise zwölf Fachärzte gewesen. Im sächsischen Landtag fand zum Thema Ärztemangel zusätzlich eine Sachverständigenanhörung des Gesundheitsausschusses statt. Gefordert wurde, rund zehn Prozent der Studienplätze ohne Einbeziehung des Notendurchschnitts an Abiturienten zu vergeben, die eine Landarztpraxis übernehmen. Nach Ansicht der Experten ist zudem das finanzielle Risiko bei der Eröffnung von Praxen auf dem Land ein Hauptgrund für fehlenden Nachwuchs. ([Pressemitteilung der KV Sachsen, 7. März](#); Agenturmeldung, 7. März)

## Aus den Verbänden

---

### AOK soll bayerischen Hausärzten höhere Honorare zahlen

Im Streit mit der AOK Bayern um die Honorierung ihrer Leistungen bekommen die bayerischen Hausärzte Unterstützung von Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) und Bayerns Gesundheitsminister Markus Söder (CSU). „Krankenkassen, die Hausarztverträge gekündigt haben, müssen Anschlussvereinbarungen nach altem Recht schließen“, sagte Söder und betonte, darin sei er sich mit Rösler einig. Dies fordern auch die Hausärzte, weil ihnen die alte Regelung ein höheres Honorar garantiert. In Hausarztverträgen, die nach Inkrafttreten der jüngsten Gesundheitsreform geschlossen werden, dürfen die teilnehmenden Mediziner nicht mehr besser

bezahlt werden als andere Vertragsärzte. Genau darauf beruft sich die AOK Bayern, die Ende vergangenen Jahres ihren Hausarztvertrag mit dem Bayerischen Hausärzterverband gekündigt hat, nachdem dieser mit einer kollektiven Rückgabe der Kassenzulassung gedroht hatte. „Wir gehen davon aus, dass ein neuer Vertrag auch auf der Basis des neuen Rechts geschlossen wird“, heißt es auf Seiten der Krankenkasse. Das Münchner Sozialgericht hat die Vertragskündigung seitens der AOK für rechtmäßig erklärt. Weil der Hausärzterverband dagegen Beschwerde eingelegt hat, muss nun das Landessozialgericht entscheiden. (Süddeutsche Zeitung, 4. März)

### **Studie: Vertragsärzte leiden unter beruflichen Stress**

Aufgrund ihrer hohen Arbeitsbelastung klagen eine Mehrheit der Vertragsärzte über Anzeichen eines Burnout-Syndroms. Das geht aus einer Studie der Brendan-Schmittmann-Stiftung des NAV-Virchow-Bundes hervor. Diese basiert auf Befragungen von Vertragsärzten aus den Jahren 1996, 2002, 2004, 2007 und 2010 und bildet somit einen Zeitraum von 15 Jahren ab. Den Angaben zufolge, fühlt sich die Hälfte der befragten Mediziner „am Ende eines Arbeitstages völlig erledigt“, hat „Schlafdefizite“ und isst unregelmäßig und unter Zeitdruck. Auch die Beziehung zu den Patienten gerate durch den beruflichen Stress in Mitleidenschaft: Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, „zu wenig Zeit für die Patienten zu haben“ und sich von den „Problemen und schwierigen Lebenssituationen der Patienten belastet“ zu fühlen. Gleichzeitig sind drei Viertel der befragten Ärzte der Meinung, dass „die Erwartungshaltung der Patienten in den letzten Jahren gestiegen ist“. ([Pressemitteilung des NAV-Virchow-Bundes, 7. März](#))

### **Chirurgen und ambulante Operateure setzen auf Delegation ärztlicher Leistungen**

Das Problem eines sich abzeichnenden Mangels an Chirurgen einerseits und eines steigenden Versorgungsbedarfes andererseits sei nur sektorenübergreifend und mit Unterstützung qualifizierter Assistenzberufe zu lösen. So lautete das Fazit von Chirurgen und ambulanten Operateuren auf einem gemeinsamen Kongress in Nürnberg. „Ärzte sollten sich auf das konzentrieren, was sie am besten können und andere Leistungen qualifizierten Assistenzberufen überlassen“, sagte der Gesundheitsökonom Prof. Günter Neubauer. Ein wichtiger Schritt sei die Schaffung qualifizierter Berufsbilder, etwa des Chirurgisch-Technischen Assistenten oder der Chirurgisch-Administrativen Assistentin, erklärte der Geschäftsführer des Berufsverbandes Deutscher Chirurgen (BDC), Dr. Jörg Ansorg. Der Präsident der Landesärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. Theodor Windhorst, betonte allerdings, dass letztlich immer der Arzt die ganzheitliche Verantwortung für den Patienten tragen müsse. Deshalb forderte der Vertreter des Berufsverbandes Niedergelassener Chirurgen (BNC), Dr. Stephan Dittrich, eine gezielte Versorgungsplanung: „Wir müssen klar definieren, wer wen wie wann und wo behandeln kann und darf.“ ([Gemeinsame Pressemitteilung des BDC, BNC und Bundesverbandes Ambulantes Operieren, 8. März](#))

## **Aus der Welt**

---

### **EU-Parlament lehnt künstliche Befruchtung ohne Altersgrenze ab**

Das EU-Parlament hat einen Antrag zurückgewiesen, künstliche Befruchtungen ohne Altersgrenze in den 27 Mitgliedstaaten zuzulassen. Die Abgeordneten sprachen sich laut Deutschem Ärzteblatt zwar für einen Vorschlag zur Abschaffung von Diskriminierungen im Zusammenhang mit künstlicher Befruchtung aus, lehnten es allerdings ab, Altersgrenzen als Diskriminierung einzuordnen. Stattdessen fordern sie von den Mitgliedstaaten Maßnahmen, die die Diskriminierung von Frauen aufgrund ihres Familienstandes, ihrer sexuellen Ausrichtung oder ethnischen Herkunft eindämmen sollen. Ziel ist es, Ungleichbehandlungen in den einzelnen EU-Ländern zu beseitigen. In einer zweiten Abstimmung beschloss das Parlament, dass Frauen den gleichen Zugang zu reproduktiver Medizin und die gleichen Rechte beim Thema Fortpflanzung haben müssen wie Männer, zum Beispiel in Bezug auf Empfängnisverhütung und Abtreibung. ([Deutsches Ärzteblatt online, 8. März](#))

## Außerdem

---

### Bundesweite Informationstour klärt Bevölkerung zum Thema Organspende auf

Zusammen mit Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler (FDP) hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) die deutschlandweite Informationstour „Organpaten werden“ 2011 in Hannover gestartet. Die Tour steht im Mittelpunkt der gleichnamigen BZgA-Kampagne zur Organ- und Gewebespende. Ziel ist es, möglichst viele Menschen über das Thema aufzuklären und letztlich als potenzielle Organspender zu gewinnen. „Je besser die Menschen über das Thema Organspende informiert sind, desto eher sind sie bereit, einen Organspendeausweis auszufüllen. Neben besseren Abläufen in den Kliniken setze ich auf sachliche Information und Aufklärung ohne Druck“, erklärte Rösler anlässlich des Tourauftritts. Die Informationstour zieht durch ganz Deutschland und macht Station an belebten Orten, zum Beispiel in Einkaufszentren oder bei Großveranstaltungen. Mit Hilfe von elektronischen und mechanischen Modulen können sich die Besucher anschaulich über das Thema Organspende informieren. So ermöglichen Multi Touch-Tische einen virtuellen Einblick in den Körper, und der Besucher erfährt, welche Organe überhaupt transplantiert werden dürfen. Für persönliche Gespräche sind ein Team der BZgA sowie Vertreter von Selbsthilfegruppen vor Ort. Die aktuellen Termine und Standorte der Tour sowie weiterführende Informationen zum Thema stehen auf der Internetseite [www.organpaten.de](http://www.organpaten.de) bereit. (gemeinsame Pressemitteilung des BMG und der BZgA, 7. März)

### KOMPAKT-Zahl der Woche: 35,8

Die Anzahl an Ärztinnen in der ambulanten Versorgung nimmt stetig zu. Bereits 35,8 Prozent aller niedergelassenen Ärzte sind weiblich (Stichtag 31. Dezember 2009). Zum Vergleich: Im Jahre 2001 waren es 32,9 Prozent. ([KBV Fakten und Zahlen](#))

## Aus dem Terminkalender

---

- 11.03.11 [Konstituierende Vertreterversammlung der KBV](#)  
Berlin
- 11.03.11 – [Mitteldeutsche Fortbildungstage](#)  
12.03.11  
Leipzig
- 24.03.11 [ÄZQ-Symposium: „15 Jahre Leitlinien in Deutschland – Anspruch und Wirklichkeit“](#)  
Berlin, 13–18.30 Uhr
- 24.03.11 Vertreterversammlung der KV Berlin  
Berlin, 20 Uhr
- 02.04.11 Vertreterversammlung der KV Bayerns  
München, 9 Uhr
- 20.04.11 [Informationsveranstaltung des Kompetenzzentrums Patientensicherheit und der KVen](#)  
Berlin, 16–19 Uhr
- 03.05.11 – [KBVMesse Versorgungsinnovation 2011](#)

- 05.05.11 Die Versorgungsmesse in Berlin
- 13.05.11 [Tag der Niedergelassenen 2011](#)  
Berlin

## Aus der Presse

---

### KBV-Führung will begonnene Projekte vollenden

„Wir sind mit unserer Arbeit noch nicht fertig.“ Das haben KBV-Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler und sein Vorstandskollege Dr. Carl-Heinz Müller im Gespräch mit der Ärzte Zeitung gesagt. Beide kandidieren deshalb für eine zweite Amtszeit. Den Arztberuf attraktiver machen, den Ärztemangel bekämpfen, die Bedarfsplanung reformieren, die Honorarverteilung regionalisieren und das Verhältnis zu den Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) verbessern – all das steht auf der Agenda von Köhler und Müller. Auf die Unterstützung von Seiten der Politik könnten beide hoffen, wenn es um das Thema Ärztemangel geht, schreibt die Zeitung und begründet dies damit, dass mittlerweile alle Parteien den Medizinerangel ernst nehmen würden. Was die Zusammenarbeit zwischen der KBV und den KVen betrifft, sollten sich letztere künftig stärker an der Entscheidungsfindung beteiligen können. „Ich stelle mir ein kleines und effizientes Gremium vor, in dem alles, was die vertragsärztliche Versorgung betrifft, beraten wird“, sagte Köhler. Der Ausschuss könne die Interessen der KVen bündeln und in den KBV-Vorstand einbringen sowie dessen Verhandlungen und Verhandlungsergebnisse in die Länder kommunizieren, ergänzte Müller. ([Ärzte Zeitung, 3. März](#))

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 40 05 – 22 03

Fax: 030 / 40 05 – 27 22 03

E-Mail: [agraumann@kbv.de](mailto:agraumann@kbv.de), [atietjen@kbv.de](mailto:atietjen@kbv.de), [hfuegemann@kbv.de](mailto:hfuegemann@kbv.de), [fknoeppke@kv.de](mailto:fknoeppke@kv.de)

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>